

Luca Schirmer (Hamburg)

Die Anti-Atom-Bewegung auf neuen Wegen? Die NaturFreunde im Kontext der Anti-Atom-Bewegung zu Zeiten der Energiewende



Als der deutsche Bundestag 2011 die Energiewende beschloss, rückte das wohl größte Ziel der Anti-Atom-Bewegung in greifbare Nähe. Der Atomausstieg Deutschlands würde bis 2022 Realität werden und in absehbarer Zeit kein einziges Atomkraftwerk (AKW) mehr am Netz sein. Die Tragödie bei Fukushima schien der Bundesregierung die Augen geöffnet zu haben. Mit ungekannter Emotionalität gestand die Bundeskanzlerin ein, dass der atompolitische Kurs einer radikalen Wende bedürfe. Sofort wurde ein Teil der deutschen AKWs abgeschaltet, so als wäre das Wissen über ihre Risiken erst an diesem Tag bekannt geworden – und nicht bereits vor über 50 Jahren. Die Bundesregierung, die nun die Atomkraft abschaffen wollte, war allerdings dieselbe, die wenige Wochen zuvor die Laufzeitverlängerung der AKWs vorangetrieben hatte.¹

Die Anti-Atom-Bewegung scheint ihr Ziel erreicht zu haben und wird damit vielleicht die erfolgreichste neue soziale Bewegung Deutschlands sein. Die Vermutung liegt nahe, es bestünde damit kein Handlungsbedarf mehr. Mit welcher Motivation also engagieren sich die Aktivist*innen und ihre Organisationen auch heute in der Anti-Atom-Arbeit?

Dafür kann es unterschiedliche Gründe geben. Beispielsweise war das Abschalten der AKWs in Deutschland wohl gar nicht das wichtigste Ziel der Bewegung. Ihre Aktiven haben in der Regel

¹ Zum Gesamtkomplex vgl. Radkau 2011

differenziertere politische Interessen und sehen die Atompolitik in einem größeren gesellschaftlichen und ökologischen Zusammenhang, bei dem mehr getan werden muss als bloß die deutschen AKWs abzuschalten. Die vorliegende Arbeit will beispielhaft zeigen, welche Aspekte die Anti-Atom-Bewegung heute antreiben. Doch in welcher Weise haben sich die thematischen Schwerpunkte der Bewegung durch die Energiewende gewandelt?

Diskutiert werden soll das nicht am Ganzen der in sich sehr differenzierten Anti-Atom-Bewegung, sondern – exemplarisch – an den NaturFreunden Deutschlands e.V. Dieser Verband war seit den späten 1950er Jahren, also seit es in Deutschland Anti-Atom-Proteste gibt, deren Teil, unter anderem als Mitinitiatoren der deutschen Ostermarschbewegung. Anders als die meisten anderen Umweltverbände blicken sie darüber hinaus zurück auf über 100-jährige Tradition, die immer auch von politischer Arbeit geprägt war.

Der Einfluss der Energiewende auf Anti-Atom-Bewegung und Umweltverbände ist bisher wissenschaftlich wenig thematisiert worden. Bei der Recherche ergaben sich keine Veröffentlichungen, die sich explizit damit auseinandersetzen, wie das politische Projekt der Energiewende die Strukturen der Anti-Atom-Bewegung beeinflusst haben. Es bestehen also Lücken in der Bewegungsforschung. In diesem Sinne wird sich diese Untersuchung mit der folgenden Forschungsfrage beschäftigen: *Inwiefern hat sich der energie- und atompolitische Fokus der NaturFreunde Deutschlands als Teil der Anti-Atom-Bewegung im Bereich der Energie- und Atompolitik durch die beschlossene 'Energiewende' verändert?* Dabei kann schon aufgrund des Umfangs kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden.

Nach einer Skizze des methodischen Vorgehens werden zunächst die Entstehungsgeschichte, die politische Ausrichtung und die Struktur der Naturfreunde (seit den 1990er Jahren in Deutschland: NaturFreunde) vorgestellt. Anschließend wird der historische Verlauf der Anti-Atom-Bewegung angerissen und ausgeführt, inwiefern die NaturFreunde als Teil dieser Bewegung zu verstehen sind. Im Sinne der Fragestellung werden dann potenzielle Verschiebungen des Fokus der NaturFreunde vor und seit Beginn der Energiewende untersucht. Um diese aufzeigen zu können, werden zunächst die wichtigen energie- und atompolitischen Forderungen, Schwerpunkte und Positionen der NaturFreunde vor 2011 und seit Beginn der Energiewende mit einander verglichen um herauszuarbeiten, wo Veränderungen stattgefunden haben, die mit der Energiewende in Verbindung stehen könnten.

2. Methodisches Vorgehen

Die Zahl der aktuellen wissenschaftlichen Arbeiten über die NaturFreunde ist nicht sehr groß. Publikationen zu ihnen sind überwiegend vor den 90er Jahren geschrieben worden. Es gibt eine ganze Reihe an historischen Abhandlungen, aber aktuelle Arbeiten insbesondere im Bereich der Bewegungsforschung fehlen.² Aus diesem Grund wurde zusätzlich ein Experteninterview geführt, welches hier nicht gesondert abgedruckt ist.

Durchgeführt wurde das Interview mit Uwe Hiksich, der seit 18 Jahren Mitglied des Bundesvorstands der NaturFreunde Deutschlands ist.³ Er ist seit fast 35 Jahren Mitglied der NaturFreunde und – seiner eigenen Aussage nach – ebenso lang in der Anti-Atom-Bewegung aktiv. Acht Jahre war er Bundestagsabgeordneter, erst für die SPD und dann für die PDS. Seit ca. 14 Jahren arbeitet er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für wechselnde Abgeordnete der Bundestagsfraktion von Die Linke und leitet aktuell das Büro von Annette Groth.⁴ Aufgrund dieses Lebenslaufs verfügt Hiksich über eine einzigartige Expertise, die in die Bildung politischer Positionen der NaturFreunde eingingen.

Wesentliche Informationen finden sich auf den Internetseiten der NaturFreunde. Dort sind Positionspapiere, Protokolle und Artikel der Verbandszeitschrift zu finden. Besonders Uwe Hiksich und Michael Müller als Vorsitzender der NaturFreunde veröffentlichen vielfach auch anderweitig und in Verbindung mit tagesaktueller Politik. Hiksich geht davon aus, dass die Positionen der NaturFreunde Internationale und der Naturfreundejugend Deutschlands sich aktuell von denen der NaturFreunde Deutschlands wenig unterscheiden (zur Verbandsstruktur vgl. weiter unten). Hiksich betont allerdings frühere energiepolitische Differenzen zwischen der NaturFreunde Internationale und den NaturFreunde Deutschlands. Ab etwa 2008 spielten solche Unterschiede kaum mehr eine Rolle,⁵ so dass relevante Veröffentlichungen der NaturFreunde Internationale einbezogen werden können. Angesichts einer lebhaften verbandsinternen Debattenkultur darf zudem nicht jede Internetressource als offizielle Stellungnahme der NaturFreunde gelesen werden.

² Hiksich 2017, 21

³ Das Interview nach dem „einfachen Transkriptionssystem“ verschriftlich (siehe Pehl/Dresing 2013, 20-25).

⁴ Hiksich 2017,1

⁵ Hiksich 2017, 6

3. Die NaturFreunde Deutschlands

Die NaturFreunde sind ein aus der Arbeiterbewegung hervorgegangener, international orientierter Umwelt-, Kultur-, Sport- und Tourismusverband. In seiner über hundertjährigen Geschichte machte er viele Veränderungen durch, blieb aber in seinen Grundüberzeugungen und Betätigungsfeldern größtenteils beständig.⁶ Trotz relativ geringer Bekanntheit spielt der Verband heute in sozialen Bewegungen, vor allem im umweltpolitischen Bereich, immer wieder eine „relativ starke Rolle“.⁷ Im 17. Bundestag saßen beispielsweise 36 NaturFreunde. Als eines der prominentesten Mitglieder gilt der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt.⁸

3.1 Entstehung und Geschichte

Am 22. März 1895 veröffentlichte der sozialistische Lehrer Georg Schmiedl in der Wiener Arbeiterzeitung den folgenden Aufruf: „Naturfreunde werden zur Gründung einer touristischen Gruppe eingeladen.“ Daraufhin meldeten sich bei ihm 30 Leute. Am ersten Wanderausflug dieser Gruppe nahmen bereits 62 Personen teil.⁹ Das war die Geburtsstunde der proletarischen Wander- und Tourismusorganisation „Die NaturFreunde“. Die Gründer hatten das Ziel, das Wandern und den Zugang zur Natur, bisher ein Privileg der bürgerlichen Schicht, auch für die Arbeiter*innen zu erschließen.¹⁰ So wollten sie ihnen eine alternative Freizeitgestaltung aufzeigen, die sie von Alkoholkonsum, Kartenspiel und den Groschenromanen fernhalten sollte.¹¹ Das für die deutsche und österreichische Arbeiterbewegung charakteristische Ziel der geistigen Befreiung und der Veredelung des Proletariats¹² fand sich bereits in der ersten Vereinssatzung wieder, wo der Vereinszweck die folgenden Punkte enthielt: Die „Naturschönheit kennen zu lernen, die Liebe zur Natur zu wecken und Kenntnisse von Volksleben und Volkssitten zu vermitteln“.¹³

⁶ Höfer 2007b, 10

⁷ Hiksich 2017, 21

⁸ Marian 2009

⁹ Zimmer 1984, 67-69

¹⁰ Zimmer 1984, 68

¹¹ Brinkschmidt 1998, 3

¹² Günther 2003, 2

¹³ Höfer 2007b, 17

Es entstand ein Gegenentwurf zu den alpinen Vereinen des Bürgertums, wie dem Deutschen und Österreichischen Alpenverein, die dem proletarischen Wandern feindlich gegenüberstanden und wie viele anderen bürgerliche Sportvereine Arbeiter*innen konsequent ausschlossen.¹⁴ Neben den NaturFreunden entstanden zum Ende des 19. Jahrhundert viele weitere Arbeitersportvereine, die in der Regel stark politisch und vor allem sozialistisch geprägt waren.¹⁵ Auch die NaturFreunde verstanden sich, wie die gesamte Arbeiterkulturbewegung von Anfang an als politisch.¹⁶ Bereits ihr Gruß „Berg frei!“ war eine dem bürgerlichen „Berg heil!“ entgegengesetzte klassenkämpferische Aussage. Die Idee der Naturfreundehäuser sollte es den Arbeiter*innen und deren Familien ermöglichen, für einen geringen Preis Ausflüge zu unternehmen. Um aktiv die Natur zu erkunden und sich Wissen anzueignen, welches ihnen zuvor nicht zugänglich war, schufen man dort Bibliotheken naturkundlicher und wissenschaftlicher Bücher.¹⁷

Die NaturFreunde-Idee verbreitete sich in Österreich schnell. 1905 sprang der Funke nach Zürich und nach München, den ersten außerösterreichischen Gruppen, über. Innerhalb von zehn Jahren folgten unter anderem Gruppen in den USA, Frankreich, Norwegen, Rumänien, Bulgarien und Holland. Dabei erweiterten sich die Tätigkeitsfelder stetig. Zu den anfänglich in der Satzung festgehaltenen touristischen Ausflügen, Vorträgen, Sammlungen fachwissenschaftlicher Literatur, Wanderversammlungen, dem Anstreben von Verbesserungen im Verkehrs- und Unterkunftswezens sowie dem Ausführen von Bauten und der Markierung von Wegen kamen hinzu naturwissenschaftliche Exkursionen, die Anmietung von Sonderzügen und der Wintersport.¹⁸ Die NaturFreunde betonen im Sport jedoch im Gegensatz zum bürgerlichen Wettkampfsport dessen Körper und Geist bildende Funktionen.¹⁹ Skifahren, Bergsteigen und Wandern waren die Haupttätigkeitsfelder der NaturFreunde.²⁰ Der im vorliegenden Kontext bedeutsamste Vereinszweck war die „Pflege von Heimatschutz und Naturschutz“, die im Laufe der Zeit umformuliert und konkretisiert wurde, aber stets Kern der politischen Arbeit blieb.²¹ In ihrer wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Natur folgten die NaturFreunde dem Ansatz, dass Naturprozesse nicht isoliert von der

¹⁴ Zimmer 1984, 14

¹⁵ Brinkschmidt 1998, 18

¹⁶ Zimmer 1984, 68

¹⁷ Zimmer 1984, 141 f.

¹⁸ Zimmer 1984, 69-74

¹⁹ Brinkschmidt 1998, 25

²⁰ Zimmer/Hallmann 2016, 122

²¹ Zimmer 1984, 74

politischen und ökonomischen Realität betrachtet werden können. Anthropogene Schädigungen der Natur wurden schon sehr früh in der Verbandszeitung *Naturfreund* angeprangert.²²

Ein besonders aktiver Teil entstand 1926 mit der selbstständigen altersgemäßen Gliederung die Naturfreundejugend.²³ Sie wuchs bis 1929 rasant und hatte einen damals einmalig hohen Mädchenanteil mit einem Drittel der Mitglieder.²⁴ Ihre thematischen Schwerpunkte verbanden Jugendpflege mit politischer Agitation, der Durchführung von Jugendwanderungen und wissenschaftlichen Vorträgen in ähnlicher Weise wie der Erwachsenenverband.²⁵

Die Zwischenkriegszeit war die Hochzeit der NaturFreunde. 1923 hatten sie mehr als 100.000 Mitglieder und besaßen 220 Naturfreundehäuser. Unter anderem als Folge parteipolitischer Kontroversen im Verband schwankte sie aber: So war die Mitgliederzahl 1928 auf 70.000 gesunken.²⁶ 1933 wurden er wie viele Verbände der Arbeiterkulturbewegung in Deutschland und später in Österreich verboten, und er verlor seine 428 Häuser, 300 davon in Deutschland. Viele Mitglieder und ganze Ortsgruppen beteiligten sich am Widerstand.²⁷

Sofort nach dem zweiten Weltkrieg gab es in vielen Regionen wieder Initiativen zum Wiederaufbau. Der Landesverband Württemberg wurde beispielsweise bereits 1946 wiedergegründet. 1947 konnte die erste Interzonenkonferenz stattfinden. Dort sollte festgelegt werden, auf welcher Grundlage die zukünftige Arbeit fußen würde. Es wurde beschlossen, sobald es wieder einen einheitlichen deutschen Staat gäbe, sich auf Bundesebene zusammenzuschließen und die Internationale aufzufordern, ihr so bald wie möglich wieder beitreten zu dürfen. In die Grundsätze der NaturFreunde aufgenommen wurde die parteipolitische und religiöse Neutralität. Die in der sowjetischen Besatzungszone neu gegründeten NaturFreunde-Gruppen wurden in den antifaschistischen Touristen-Verband überführt und somit aufgelöst. Innerhalb der ersten Jahre ihres Wiederbestehens beteiligten sich die NaturFreunde führend an der Gründung des Bundesjugendrings, kooperierten mit

²² Brinkschmidt 1998, 27

²³ Brinkschmidt 1998, 29

²⁴ Zimmer 1984, 23

²⁵ Brinkschmidt 1998, 29

²⁶ Zimmer 1984, 71-90

²⁷ Zum Gesamtkomplex vgl. Lampasiak 2013

dem DGB und traten der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Heimat-, Wander- und Naturschutzbünde bei.²⁸

Nach immensen Problemen bei der Rückübereignung der Naturfreunde Häuser besaßen die deutschen Naturfreunde im Jahr 1962 schon wieder ca. 400 Häuser. Im selben Jahr hatten sie 100.000 Mitglieder in 650 Ortsgruppen.²⁹ Sie boten nicht nur attraktive Freizeitmöglichkeiten, sondern besannen sich auch auf ihre sozial- und umweltpolitischen Ziele.³⁰ Schon Ende der 50er Jahre wurden umweltpolitische Positionen formuliert, die Wechselwirkungen mit dem Tourismus nicht außer Acht ließen.³¹ Man beteiligte sich an vielen Umweltschutzprotesten und nahm dann in den 60er Jahren eine tragende Rolle bei der Initiierung der deutschen Ostermärsche ein, in der insbesondere ihre Jugend eine große Rolle spielte.³² Die NaturFreunde fungierten oft als ein Scharnier zwischen der traditionellen Arbeiterbewegung und den neuen Protestbewegungen.

Die NaturFreunde sprechen sich nicht grundsätzlich gegen technischen Fortschritt aus, doch sehen sie ihn im sozialen und ökologischen Zusammenhang und warnen vor unreflektierter Fortschrittsgläubigkeit.³³ Das lässt sich gut an der 1977 und 1979 verabschiedeten EntschlieÙung zur Energiepolitik erkennen.³⁴ Dem Thema Natur- und Umweltschutz wurde zum Ende der 80er Jahre die höchste Priorität eingeräumt.³⁵ In der Verbandspraxis und vor Ort allerdings spielte das Thema nicht notwendig die zentrale Rolle. Die dezentrale Struktur des Verbands generiert sehr unterschiedliche Interessen und thematische Fokusse. So gibt es viele Ortsgruppen, die fast ausschließlich Sport organisieren oder sich nur um ihr NF-Haus kümmern. Interesse an politischer Arbeit haben sie dann wenig.³⁶ Hikschr schätzt, dass dies heute circa ein Drittel aller Ortsgruppen sind.³⁷

²⁸ Zimmer 1984, 119-132

²⁹ NaturFreunde Deutschlands o.J. (b)

³⁰ Höfer 2007b, 18

³¹ Höfer 2007b, 18

³² Geiss 2028

³³ Höfer 2007b, 18-19

³⁴ Zimmer 1984, 195-196

³⁵ Höfer 2007a, 104

³⁶ Zimmer/Hallmann 2016, 135

³⁷ Hikschr 2017, 23

Heute, im Jahr 2017, haben die NaturFreunde Deutschlands noch mehr als 70.000 Mitglieder in über 600 Ortsgruppen, also eine signifikante Rückgang gegenüber früher.³⁸ Die NaturFreunde Internationale aber wurde in ihrer Summe mitgliederstärker; sie hat heute circa 500.000 Mitglieder in 46 Ländern und gehört damit zu den weltgrößten Umweltschutzorganisationen. Aktuell steht der Verband vor der Herausforderung, dass das Durchschnittsalter der NaturFreunde 2007 bei 56 Jahren und damit sehr hoch lag.³⁹ Einer von mehreren möglichen Gründen dafür ist, dass sich der größte Teil der NaturFreunde aktiv von der 68er Bewegung abgegrenzt hat.⁴⁰ Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass man früher Mitglied bei den NaturFreunden wurde, weil man Teil der Arbeiterbewegung war, die es heute so aber nicht mehr gibt. Somit kann der Verband nicht mehr nur mit seinem ursprünglichen Milieu agieren.⁴¹

Die Profile der Ortsgruppen liegen heute noch weiter auseinander als früher. Zwar sind manche Landesverbände und der Bundesverband sehr politisch und versuchen auf unterschiedlichen Wegen politischen Einfluss zu nehmen, doch ist es nicht selbstverständlich, dass die Ortsgruppen solche Motivationen teilen.⁴² Zwischen den Polen politischer, Bildungs-, Freizeit- und Kulturarbeit bewegen sich die NaturFreunde – mit ständig neuer Gewichtung und Gestalt - schon seit ihrer Entstehung.⁴³ Die heutigen Vereinszwecke umfassen die Förderung der Jugend- und Altenhilfe, Förderung des Naturschutzes, Förderung des Sports, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Natur und Heimatkunde, Verbraucherschutz und die Förderung der internationalen Gesinnung und Toleranz.⁴⁴ Auf der einen Seite stellt solche Heterogenität zwar eine Herausforderung für den Verband dar, andererseits kommen alle Ortsgruppen einzelnen der genannten Vereinszwecke, die ausdrücklich nicht nur politische Partizipation umfassen, nach.⁴⁵

Die NaturFreunde begreifen sich heute als Verband für Nachhaltigkeit. Dabei verweisen sie besonders oft auf die Ergebnisse des Erdgipfels in Rio, denen sie sich verpflichtet sehen. Nachhaltigkeit ist für sie die dauerhafte Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit

³⁸ NaturFreunde Deutschlands o.J.c

³⁹ Zimmer/Hallmann 2016, 122-136; Höfer 2007b, 35

⁴⁰ Dazu als Ganzes: Groß 2017

⁴¹ Höfer 2007b, 16

⁴² Hiks 2017, 22 f.

⁴³ Höfer 2007a, 103

⁴⁴ NaturFreunde Deutschlands 2014b, 3

⁴⁵ NaturFreunde Deutschlands o.J. (c)

und ökologischer Verträglichkeit.⁴⁶ Auf ihrer Homepage formulieren sie ihre Vorstellung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit wie folgt:

Die NaturFreunde sind ein Verband für Nachhaltigkeit und wollen den folgenden Generationen eine lebenswerte und gestaltbare Welt hinterlassen. Dabei bringen NaturFreunde Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Kultur miteinander in Einklang.

Für die NaturFreunde gehören die soziale Emanzipation und der Schutz der Natur untrennbar zusammen. Eine gute Zukunft für alle wird es nur geben, wenn das heutige Regime der Kurzfristigkeit beendet wird und das Allgemeinwohl Vorrang vor Individualinteressen bekommt.⁴⁷

3.2 Struktur

Die NaturFreunde Deutschlands sehen sich heute als ein föderalistisch aufgebautes Netzwerk.⁴⁸ Die Ortsgruppen sind in der Regel eigenständige Vereine, die Mitglied im jeweiligen Landesverband sind. Diese sind im Bundesverband organisiert.⁴⁹ Über diesen drei Ebenen steht dann die Naturfreunde Internationale. Die Struktur ist gerade in Deutschland sehr dezentral angelegt. Kritik am früheren zentralistischen Aufbau führte zu der Überzeugung, dass die untersten Ebenen das größte Mitbestimmungsrecht haben sollten. Sie sollten in den internen demokratischen Prozessen das größte Gewicht haben. Der Bundesverband oder die Landesverbände haben kaum Möglichkeiten, Regelungen „top-down“ durchzusetzen, sondern können nur versuchen, die Ortsgruppen von Positionen und Entwicklungen zu überzeugen. Somit sind Überzeugungsarbeit und Diskurs entscheidend.⁵⁰

Die Zusammenarbeit der einzelnen Verbandsebenen erfolgt zum großen Teil in Fachbereichen, die in Fachgruppen unterteilt sind. Dort arbeiten gewählte Vertreter*innen zu bestimmten Themenbereichen zusammen. Es handelt sich also um demokratisch legitimierte Gremien, die im Namen der NaturFreunde arbeiten dürfen.⁵¹ Es gibt die folgenden Fachbereiche: 1. Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus (NUS), 2. Naturfreundehäuserwerk und Häuserarbeit, 3. Kultur und Bildung

⁴⁶ NaturFreunde Deutschlands o.J. (d)

⁴⁷ NaturFreunde Deutschlands o.J. (c)

⁴⁸ Höfer 2007b, 29

⁴⁹ Zimmer/Hallmann 2016, 134

⁵⁰ Hiksich 2017, 23-27

⁵¹ Zimmer 1984, 19

und 4. Natursport und Wandern. Diese sind unter anderem in die folgenden Fachgruppen unterteilt: Natur- und Umweltschutz, Natur- und Heimatkunde, Kultur und Bildung, Kanusport, Wandern oder Naturfreundegehäuser.⁵² Die Fachgruppen entwickeln beispielsweise Positionen, koordinieren den Fachbereich oder organisieren Aktivitäten. Für die vorliegende Arbeit von besonderer Relevanz ist insbesondere der Fachbereich NUS, welcher unter anderem die energiepolitische Arbeit der NaturFreunde Deutschlands einschließt.⁵³

4. Anti-Atom-Bewegung

Die Anti-Atom-Bewegung gilt als eine der erfolgreichsten neuen sozialen Bewegungen Deutschlands und ist die wohl am intensivsten beforschte.⁵⁴ Ohne sie und die Kontinuität des Engagements ihrer Mitglieder hätte es den Atomausstieg Deutschlands wohl noch lange nicht gegeben und es wären sicher noch mehr AKWs in Deutschland errichtet worden.⁵⁵ Seit Anfang der 1970er Jahre arbeitet diese Bewegung und ist mit vielen Hochs und Tiefs bis heute aktiv.⁵⁶ Für sie werden unterschiedliche Namen verwendet, die ohne ausreichende Trennschärfe oft vermischt werden. So wird häufig auch von der Anti-AKW- oder Anti-Atomkraft-Bewegung gesprochen. Diese Begriffe reduzieren den Komplex jedoch zu sehr auf AKW-Thematiken und klammern andere Aspekte aus. Dies liegt unter anderem daran, dass sie eine inhaltliche und strukturelle Nähe zu mehreren anderen Bewegungen aufweist. Die Bewegungsforscher Roland Roth und Dieter Rucht wählen daher eine weitere Definition:

Die Anti-Atom-Bewegung „[...] umfasst die Individuen, Gruppen und Organisationen, die sich im Rahmen eines größeren netzwerkartigen Zusammenhangs, dem sie sich selbst zurechnen, aktiv und insbesondere mit Mitteln des kollektiven öffentlichen Protests gegen die zivile Nutzung der Atomenergie wenden.“⁵⁷

⁵² NaturFreunde Deutschlands o.J.a

⁵³ Hirsch 2017, 24

⁵⁴ Brunnengräber/Hocke 2014, 64

⁵⁵ Uekötter 2016, 15

⁵⁶ Paul 2011, 197 f.

⁵⁷ Roth/Rucht 2008, 246

So wird deutlich, dass der Fokus auf dem Engagement gegen die zivile Nutzung der Atomkraft liegt, sie jedoch nicht ausschließlich AKWs oder Atommüll thematisiert, sondern alles, was damit zusammenhängt.

Die Bewegung, welche sich primär mit der militärischen Nutzung der Atomkraft auseinandersetzt, wird in dieser Arbeit ausgeklammert – obwohl gerade das das Feld war, in dem die Naturfreunde der Nachkriegszeit am aktivsten waren. Obgleich die zivile und die militärische Verwendung stark zusammenhängen, ist sie eher der Friedensbewegung zuzuordnen und hat trotz strukturelleren Überschneidungen einen anderen Bewegungskern. Ebenso wird die Anti-Atom-Bewegung oft in Beziehung zur Umweltbewegung gesehen. Auch wenn viele Umweltverbände an beiden beteiligt sind, unterscheidet sich deren Protest inhaltlich grundlegend.⁵⁸

4.1 Ziele der Anti-Atom-Bewegung

Die Anti-Atom-Bewegung hat als vorrangiges Ziel den globalen Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie.⁵⁹ Neben dem Protest gegen den Bau von AKWs bezieht sich das oft auch gegen die Endlagerung der atomaren Abfälle und deren Transport. Anfangs wandte sich das Engagement fast ausschließlich gegen die Errichtung von AKWs.⁶⁰ Meist stand jedoch nicht das konkrete Bauvorhaben im Zentrum, sondern es handelte sich um eine grundsätzliche Ablehnung der Atomenergie weltweit und mittelbar in Deutschland.⁶¹ Als absehbar war, dass in der Bundesrepublik keine weiteren AKWs ans Netz gehen würden, verlagerte sich das Engagement der Aktivist*innen auf Themen wie die Endlagerproblematik und die Wiederaufbereitung von Brennelementen.⁶² Der Protest bezog sich dennoch stets auf den Gesamtkomplex der Atomenergie.⁶³

Sowohl das Risiko von Unfällen und mutwilligen Angriffen auf AKWs und Lagerstätten als auch die im Normalbetrieb verursachten Emissionen gelten als sehr gefährlich für Mensch und Natur. Die Langzeitfolgen der Strahlenbelastung sind immer noch nicht ausreichend abzusehen. Ein

⁵⁸ Roth/Rucht 2008, 246

⁵⁹ Roth/Rucht 2008, 256

⁶⁰ Rucht 2001, 185

⁶¹ Roth/Rucht 2008, 246

⁶² Mohr 2015, 138

⁶³ Brunnengräber/Hocke 2014, 63

nachrangiges Argument mit weniger Mobilisierungspotential sind die unverhältnismäßig hohen Gesamtkosten. Diese übersteigen nach mehreren Studien, unter Einbeziehung der Forschungs- und Endlagerungskosten, die für Konventionelle Energiegewinnung um ein Vielfaches.⁶⁴

4.2 Entstehung und Geschichte der Anti-Atom-Bewegung

Im Gegensatz zu vielen anderen großen sozialen Bewegungen hat die Anti-Atom-Bewegung keinen direkten historischen Vorgänger.⁶⁵ Die atombezogenen Proteste in den 1950er und 60er Jahren beschäftigten sich fast ausschließlich mit dem Thema Atombomben. Die Kampagne „Kampf dem Atomtod“, welche 1958 bei einer Demonstration 120.00 Menschen mobilisieren konnte, erhielt breite Aufmerksamkeit. Doch ließ sie, ebenso wie die Ostermarschbewegung, die zivilen Aspekte der Atomenergie lange außer Acht.⁶⁶ Neben einzelnen lokalen Aktionen gegen konkrete Projekte, wie beispielsweise Einwände der Stadt Nürnberg gegen den Bau eines Atomkraftwerks, spielte Kritik an der friedlichen Verwendung der Atomkraft im öffentlichen Diskurs fast keine Rolle. Dies änderte sich erst zu Beginn der 1970er Jahre.⁶⁷

Die ersten organisierten Bürgerproteste gegen AKWs in Breisbach, Bonn, Neckarwestheim und Esensham fanden in den Jahren 1970-72 statt.⁶⁸ Als Geburtsstunde der Anti-Atom-Bewegung mit nationaler Aufmerksamkeit gilt jedoch das am Ende erfolgreiche Engagement gegen den Bau eines AKW im Badischen Wyhl ab 1973. Dort bildeten sich innerhalb kurzer Zeit breite Bündnisse, in denen alle gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiteten.⁶⁹ Besonders hervorgehoben werden als tragende Aktivist*innen Landwirt*innen und Winzer*innen der Region, die politisch traditionell sehr konservativ waren. Sie motivierte vor allem die Befürchtung, dass ihre Erträge beeinträchtigt und so ihre Existenzen bedroht werden würden.⁷⁰ Ebenso am Protest beteiligten sich jedoch auch anderen Menschen aus der Region, Studierende aus dem nahe gelegenen Freiburg, Kommunisten und andere linksradikale Gruppierungen. Solche Heterogenität war eine Besonderheit und

⁶⁴ Roth/Rucht 2008, 258

⁶⁵ Roth/Rucht 2008, 247

⁶⁶ Sternstein 2013, 21

⁶⁷ Roth/Rucht 2008, 248 f.

⁶⁸ Roth/Rucht 2008, 249 f.

⁶⁹ Knoch 2007, 271

⁷⁰ Brüggemeier 2015, 8

ein Grund für die politische Wahrnehmbarkeit und ihren Einfluss. Unterstützung gab es zudem aus Frankreich, wo sich im Elsass seit 1971 eine starke Front gegen AKWs gebildet hatte.⁷¹ Neben Großdemonstrationen und zwei Bauplatzbesetzungen, an den sich ca. 30.000 Besetzer*innen beteiligten,⁷² war der juristische Widerstand ein zentrales Mittel, um den Bau über Jahre aufzuschieben.⁷³ Zwar wurde 1982 die Baugenehmigung erwirkt, doch bestand nun selbst von Seiten der Landesregierung kein Interesse mehr an der Umsetzung. Unter anderem der Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 hatte großen Einfluss darauf, dass die Pläne für das AKW in Wyhl fallen gelassen wurden.⁷⁴

Aus dem Protest entwickelte sich eine bundesweite Bewegung, die unzählige Protestereignisse organisierte. An vielen dieser Veranstaltungen nahmen jeweils mehrere 10.000 Menschen teil. Die größte Demonstration gegen Atomkraft in Deutschland fand 1979 mit 150.000 Teilnehmenden in der Bundeshauptstadt Bonn statt. Die späten 70er Jahre waren eine Hochzeit der Anti-Atom-Bewegung. Unter anderem die AKWs in Grohnde, Brokdorf und Kalkar standen immer wieder im Fokus.⁷⁵ Als Gorleben 1977 als Standort für das Nukleare Entsorgungszentrum benannt wurde, entstand hier ein neues Zentrum des Widerstands.⁷⁶ 1980 wurde hier ein Anti-Atom-Dorf unter dem Namen „Republik Freies Wendland“ errichtet, welches zu einem wichtigen Symbol der Bewegung wurde.⁷⁷ Damit waren nicht nur AKWs Orte und Inhalt des Protests, sondern zunehmend auch der Atommüll und dessen Lagerung.⁷⁸ In der aktuellen Endlagerdebatte spielt der Standort Gorleben weiterhin eine große Rolle.⁷⁹

Nach einer vorübergehenden Abnahme der Intensität und Größe des Protests wuchs die Bewegung seit 1984 wieder an und erreichte ihren Mobilisierungshöhepunkt 1986. Neben dem Protest gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf fiel der Reaktorunfall in Tschernobyl in diesen Zeitraum. Dieser Unfall barg ein enormes Mobilisierungspotential und hatte zur Folge, dass

⁷¹ Knoch 2007, 273-286

⁷² Marg/Walter 2013, 160

⁷³ Brüggemeier 2015, 8

⁷⁴ Sternstein 2013, 84

⁷⁵ Roth/Rucht 2008, 252-254

⁷⁶ Mohr 2015, 137

⁷⁷ Greenpeace Magazin o.J.

⁷⁸ Rucht 2001, 185

⁷⁹ Brunnengräber/Hocke 2014, 62

sich nun ein Großteil der Bevölkerung gegen die Nutzung der Atomenergie aussprach.⁸⁰ So markierte das Jahr 1986 einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Atomenergie.⁸¹ Auch ehemalige Befürworter der Atomkraft, wie beispielsweise die Gewerkschaften, engagierten sich nun in der Anti-Atom-Bewegung. Der bisherige atompolitische Kurs Deutschlands war nicht mehr mehrheitsfähig.⁸²

Nach dem Baustopp für weiteren AKWs entwickelte sich die Entsorgung der Brennelemente immer mehr zum Schlüsselkonflikt.⁸³ Gegen die jährlich stattfindenden Castor-Transporte in Richtung Gorleben gab es seit 1994 zahlreiche Massenproteste, die jeweils nationale Aufmerksamkeit bekamen.⁸⁴ Das Zwischenlager im Wendland wurde zum Hauptbezugspunkt der Bewegung.⁸⁵ Eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen im Jahr 2000 beruhigte zwar der Konflikt um die AKWs, jedoch blieb die Endlagerfrage offen und die festgelegte Restlaufzeit war für die meisten Aktivist*innen viel zu lang.⁸⁶ Es stellte sich heraus, dass das Misstrauen der Anti-Atom-Bewegung gerechtfertigt war. Das bestätigte sich, als im Jahr 2010 die schwarz-gelbe Regierung die Laufzeiten der AKWs verlängerte und den zuvor beschlossenen Atomausstieg revidierte. Als Reaktion erlangte die Anti-Atom-Bewegung eine Stärke wie schon Mitte der 80er Jahre.⁸⁷ Viele 100.000 Menschen beteiligten sich am Protest deutschlandweit.⁸⁸ Und mit dem Reaktorunfall bei Fukushima 2011 schien die sofortige Abschaltung die logische Konsequenz zu sein.⁸⁹ Menschenketten, Großdemonstrationen und Mahnwachen an 726 Orten brachten dies zum Ausdruck.⁹⁰ Nur wenige Tage nach dem Unfall beschloss das Bundeskabinett ein Atom-Moratorium und der Bundestag verabschiedete drei Monate später den erneuten Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie.⁹¹ Auch wenn die Entscheidung möglicherweise nicht allein auf

⁸⁰ Schildt 2001, 14

⁸¹ Arndt 2016, 3 f.

⁸² Roth/Rucht 2008, 264

⁸³ Brunnengräber/Hocke 2014, 63

⁸⁴ Roth/Rucht 2008, 255

⁸⁵ Mohr 2015, 137

⁸⁶ Roth/Rucht 2008, 255

⁸⁷ Sternstein 2013, 195 f.

⁸⁸ Mohr 2015, 140

⁸⁹ Sternstein 2013, 196 f.

⁹⁰ Mohr 2015, 172

⁹¹ Sternstein 2013, 196 f.

den Bürgerprotest zurückgeht, hatte die Bewegung es geschafft, das Thema Atomenergie über Jahrzehnte im öffentlichen Diskurs zu halten.⁹²

4.3 Struktur der Anti-Atom-Bewegung

An dieser Stelle können nicht alle Strukturen der Anti-Atom-Bewegung in ihrer Gänze und Komplexität dargestellt werden. Es soll bloß skizziert werden, welche Art von Akteuren in dieser sehr heterogenen, netzwerkförmigen Bewegung eine wichtige Rolle spielen.

Zu Beginn des Anti-Atom-Engagements entstanden meist lokale Initiativen, die sich in der Regel gegen ein konkretes Projekt in der Region wandten und meist nur regional mit anderen Bürgerinitiativen (BI) verbunden waren. So gab es beispielsweise in der Region um Wyhl eine intensive Zusammenarbeit zwischen den viele unabhängigen BI. Kurz darauf wurde 1972 ein bundesweiter Zusammenschluss, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), gegründet. Er sollte ein loses Organ sein, in dem autonome BI zusammenarbeiten konnten, um so mehr politischen Einfluss zu erreichen.⁹³ Große Umweltverbände spielten für die Anti-Atom-Bewegung jedoch lange Zeit eine deutlich kleinere Rolle als für die Umweltbewegung.⁹⁴

Von Anfang an setzte die Bewegung auf wissenschaftliche Expertise. Neben der internen Fortbildung der Aktivist*innen brachten sich Wissenschaftler*innen ein und es entstanden sogar Forschungseinrichtungen, die aus der Bewegung hervorgingen und diese stützten. Durch fundiertes Wissen waren die Argumente der Bewegung wirkmächtiger. So konnte der politische Druck erhöht werden.⁹⁵

Die Anti-Atom-Bewegung hat in der Zeit ihres Bestehens eine sehr differenzierte aber vernetzte Infrastruktur aufgebaut. Sie besteht aus unzähligen BI, Verbänden und Einzelpersonen und ist vor allem dadurch geprägt, dass sie nicht fest institutionalisiert ist, sondern mit losen Absprachen und offenen Kooperationsstrukturen arbeitet.⁹⁶ Die Strukturen haben sich im Laufe der Zeit kontinuierlich verändert. Viele BI sind verschwunden, aber gleichzeitig sind auch neue entstanden. Die

⁹² Knaut/Plottka 2012, 83

⁹³ Roth/Rucht 2008, 259

⁹⁴ Rucht 2001, 186-188

⁹⁵ Sternstein 2013, 91 f.

⁹⁶ Marg/Walter 2013, 163

Inhalte wirkten und wirken weiter.⁹⁷ Ergänzt wird die Bewegung aus vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen, wie Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und verwandten Bewegungen, und hat es so geschafft, dass die Unterstützung kontinuierlich bestehen blieb.⁹⁸

Die meisten Umweltverbände in Deutschland wurden ab den 70er Jahren gegründet und erreichten im Protest gegen die Atomenergie ihre Hochzeit.⁹⁹ Zu Beginn der 2000er Jahre gab es in Deutschland ca. 9.200 Umweltschutzorganisationen.¹⁰⁰ Die meisten dieser jungen Organisationen, wie beispielsweise Greenpeace oder der BUND, beteiligten sich von Anfang am Kampf gegen die Atomenergie.¹⁰¹ Sie trugen auch maßgeblich dazu bei, dass Protest sich nicht mehr nur in Demonstrationen und auf juristischem Weg äußerte. Sie begaben sich in Verhandlungen und beteiligten sich an der formellen Politik und versuchten auf diesem Weg Einfluss zu erlangen.¹⁰² Besonders in der immer noch aktuellen Endlagerdebatte bekamen ihre Organisationen und somit die Bewegung die Möglichkeit, an den Entscheidungen mitzuwirken.¹⁰³

4.4 Die NaturFreunde als Teil der Anti-Atom-Bewegung

Die NaturFreunde waren in den 50er Jahren in der Anti-Atomtod-Bewegung eine der tragenden Organisationen des Protests gegen die Wiederbewaffnung.¹⁰⁴ Die Naturfreundejugend war zudem Mitinitiatorin der ersten Ostermärsche in Deutschland, die ab 1960 stattfanden und eine wichtige Grundlage der Anti-Atomtod-Bewegung darstellten.¹⁰⁵ Die NaturFreunde agierten, seit die Nutzung der Atomenergie sowohl zivil als auch militärisch auf der politischen Agenda stand, in Großen strikt dagegen. Doch dies bezieht sich in erster Linie auf die Funktionär*innen. Auf Ebene der Mitglieder war die Positionierung oft sehr differenziert.

An den großen Auseinandersetzungen der Anti-Atom-Bewegung waren, Hiksches Einschätzung nach, fast immer NaturFreunde beteiligt. Beispielsweise seien in Wyhl von Anfang an sehr viele

⁹⁷ Brunnengräber/Hocke 2014, 64

⁹⁸ Marg/Walter 2013, 160

⁹⁹ Roth/Rucht 1987, 246

¹⁰⁰ Reiß 2007, 40

¹⁰¹ Roth/Rucht 2008, 259

¹⁰² Rucht 2001, 174

¹⁰³ Brunnengräber/Hocke 2014, 60

¹⁰⁴ Hiksches 2017, 1

¹⁰⁵ DGB-Kreis München 1984; Geiss 2018

NaturFreunde vertreten gewesen. Das liegt u.a. an der verhältnismäßig großen Zahl der Ortsgruppen der NaturFreunde in Baden-Württemberg. Bei vielen anderen Protesten waren sie als tragende Organisationen oder Individuen, die Mitglieder oder Funktionär*innen im Verband waren, wichtige Initiatoren. In Brokdorf und in Gorleben waren anfangs mehrere niedersächsische Ortsgruppen, unter anderem Göttingen und Hannover, entscheidend. Diese Präsenz der NaturFreunde wurde dadurch möglich, dass NaturFreunde-Gruppen deutschlandweit immer wieder in der Nähe der Brennpunkte angesiedelt waren.

Die Rolle, die sie in Bewegungen übernehmen, spielt sich oft eher im Hintergrund ab. Häufig melden sie im Namen von Bündnissen die Demonstrationen an, die dann von vielen anderen Organisationen mit getragen und beworben werden. So hatten die NaturFreunde beispielsweise die große Demonstration in Berlin im Nachgang des Reaktorunfalls von Fukushima 2011, mit ca. 120.000 Teilnehmern, angemeldet. Im öffentlichen Diskurs zur Anti-Atom-Bewegung allerdings blieb ihre Rolle dann doch eher unterbeachtet.¹⁰⁶

Hiksch sieht die NaturFreunde als einen „Scharniergänger“ zwischen Anti-Atom-Bewegung und der Friedensbewegung, der versucht, diese Bewegungen gegenseitig zu beeinflussen und miteinander zu verschränken. Dies sei ihnen allerdings nicht merklich gelungen.¹⁰⁷ Als zweites Alleinstellungsmerkmal der NaturFreunde gegenüber anderen Organisationen der Anti-Atom-Bewegung sieht Hiksch die Bestrebung, ökonomische Aspekte und insbesondere die Eigentumsverhältnisse in die Betrachtung der Energiepolitik einfließen zu lassen. Das meint u.a. die Frage, wem die Netze und die Energieversorgungsunternehmen gehören. Die NaturFreunde seien schon lange der Ansicht, dass dies „Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge“ seien und sich in Folge dessen in öffentlicher Hand befinden sollten.¹⁰⁸

Obwohl die NF in der Protest-Öffentlichkeit verhältnismäßig wenig präsent sind, sind sie damit eindeutig als ein auch eigenständiger Teil der Anti-Atom-Bewegung zu sehen. Sie identifizieren sich selbst als Teil der Anti-Atom-Bewegung und beteiligen sich im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl relativ stark an den Protestereignissen.¹⁰⁹

¹⁰⁶ Hiksch 2017, 1-3

¹⁰⁷ Hiksch 2017, 1 f.

¹⁰⁸ Hiksch 2017, 6

¹⁰⁹ Hiksch 2017, 6

5. Die Energiewende

Der deutsche Begriff „Energiewende“ ist wie der Begriff „Kindergarten“ weltweit bekannt. Die scheinbar ambitionierten Ziele, die sich Deutschland im Zusammenhang mit diesem Projekt gesteckt hat, werden in vielen Ländern aufmerksam verfolgt. Obwohl es einige Staaten gibt, die deutlich nachhaltigere Energieerzeugungsstrukturen haben, schreibt sich Deutschland eine energiepolitische Vorbildrolle zu.¹¹⁰ Einige Aspekte der Energiewende stehen jedoch unter starker Kritik, auch von Umweltschutzorganisationen wie den NaturFreunden.

Der Begriff „Energiewende“ beschreibt allgemein, also wenn das rezente politische Projekt ausgeklammert wird, wie sich die Energieerzeugungsstrukturen einer Gesellschaft grundlegend verändern. Historisch gesehen fand die erste große Energiewende in Deutschland mit der Industrialisierung vor circa 200 Jahren statt. Der beginnende Einsatz von Kohle löste damals Holz als Grundlage der Energieversorgung ab und machte die Menschen unabhängig von nachwachsenden Energieträgern. Bis heute ist der größte Teil der eingesetzten Energie fossilen Ursprungs.¹¹¹

Nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte sich das Erdöl zur tragenden Säule der Energiegewinnung. Bereits zu dieser Zeit entstand jedoch die Angst, dass die Vorräte in naher Zukunft erschöpft sein könnten.¹¹² Aus diesem Grund versuchte man der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu entkommen und fand die vermeintliche Lösung in der zivilen Nutzung der Atomenergie. Nicht nur auf politischer Ebene wurde die Nutzung der Atomenergie forciert, sondern auch durch die Zivilgesellschaft zog sich eine Welle der Euphorie.¹¹³ Die Atomenergie versprach eine saubere und unbegrenzt verfügbare Energieerzeugungsmethode. Mit der Schaffung eines Atomministeriums, der Einführung eines Atomgesetzes und großer Unterstützung für die entstehende Atomindustrie versuchte Deutschland einen Rückstand gegenüber anderen Nationen aufzuholen und einen großen Teil der benötigten Energie in AKWs zu erzeugen – eine Energiewende, die diesen Namen noch nicht trug.¹¹⁴

¹¹⁰ Keffert 2016, 17

¹¹¹ Brüggemeier 2015, 6

¹¹² Brüggemeier 2015, 6-8

¹¹³ Roth/Rucht 2008, 247 f.

¹¹⁴ Brüggemeier 2015, 5-8

Der Begriff „Energiewende“ wurde erstmals 1978 in den Diskurs eingebracht. Im Zusammenhang mit den Anti-Atom-Protesten, der Ölkrise, dem Sauren Regen, sowie den Ergebnissen des Club of Rome wurde ein grundlegender Wandel der Energieerzeugung gefordert. Allerdings spielte diese Forderung auf politischer Ebene noch keine Rolle.¹¹⁵

Was heute darunter verstanden wird, hat seinen Ursprung in der Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung, die ab 1998 im Amt war. Sie begann die erneuerbaren Energien intensiv zu fördern und versuchte so den Weg zu ebnen, sowohl aus der Atomenergie auszusteigen als auch auf lange Sicht auf fossile Energieträger verzichten zu können. Zu diesem Zweck verabschiedete der Bundestag im Jahr 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).¹¹⁶ Dazu kam, dass die Bundesregierung mit der Atomwirtschaft einen Plan aushandelte, der als Ziel hatte, dass bis zum Jahr 2021 alle AKWs vom Netz gehen würden.¹¹⁷ In diesem Zusammenhang wurde 2002 auch das Atomgesetz geändert.¹¹⁸

Die Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung seit 2009 unterschied sich zuerst markant von der rot-grünen. Die Regierung stellte 2010 ihr neues Energiekonzept vor, das sich in erster Linie auf die Senkung der Treibhausgasimmissionen bezog. Eine Förderung der erneuerbaren Energien war weiterhin vorgesehen, doch wurden der baldige Ausstieg aus der Atomenergie umgangen und die Laufzeiten der AKWs verlängert. Damit scheiterte der Atomausstieg vorerst.¹¹⁹

Nach dem Reaktorunfall im AKW Fukushima 2011 änderte die Regierung jedoch ihre Atompolitik radikal und setzte den Atomausstieg wieder auf die politische Agenda.¹²⁰ Dieser Wendepunkt markiert den Beginn dessen, was im öffentlichen Diskurs konkret mit dem Begriff „Energiewende“ bezeichnet wird.¹²¹ In dieser „Energiewende“ geht es „um einen fundamentalen Umbau der Energieversorgung weg von fossilen und nuklearen Energien hin zu einer hocheffizienten Energienutzung mit einem dominierenden Beitrag erneuerbarer Energien“.¹²²

¹¹⁵ Bossel 2014, 12 f.

¹¹⁶ Brüggemeier 2015, 11

¹¹⁷ Roth/Rucht 2008, 255

¹¹⁸ Brüggemeier 2015, 11

¹¹⁹ Brunnengräber/Di Nucci 2014, 353

¹²⁰ Brüggemeier 2015, 11 f.

¹²¹ Sander 2016, 182

¹²² Brunnengräber/Di Nucci 2014, 355

Der Atomausstieg ist ein zentrales Ziel der Energiewende. Gefordert wurde er von großen Teilen der Zivilgesellschaft seit Jahrzehnten. Im Jahr 1992 wurde er zum ersten Mal von politischen Institutionen aufgegriffen. Die Konsensgespräche zwischen der Landesregierung Niedersachsens und der Elektrizitätswirtschaft stellten den ersten Schritt in Richtung Atomausstieg dar.¹²³ Zehn Jahre später wurde er in der Bundespolitik durch die rot-grüne Regierung gesetzliche Realität. Ein Konsens mit der Atomwirtschaft ermöglichte es, die Restlaufzeiten so zu begrenzen, dass das letzte AKW in Deutschland 2021 abgeschaltet werden sollte. Eine Änderung des Atomgesetzes begrenzte die Strommengen, die AKWs erzeugen durften.¹²⁴

Die schwarz-gelbe Bundesregierung umging diese Regelung und verlängerte die Laufzeiten der deutschen AKWs um durchschnittlich 12 Jahre. Im Dezember 2010 trat das zugehörige Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes, welches große Proteste in der Zivilbevölkerung auslöste, in Kraft.¹²⁵ Bereits drei Monate danach kam eine Kehrtwende in der schwarz-gelben Atompolitik. Anders als auf das Atomunglück bei Tschernobyl folgten nach Fukushima konsequentere Maßnahmen.¹²⁶ Selbst eine Regierung, die gerade noch die Atomenergie unterstützt hatte, und besonders die Kanzlerin, beschlossen am 14.3.2011, ohne eine Gesetzesänderung die Laufzeitverlängerung auszusetzen. Alle bestehenden AKWs seien einer Sicherheitsprüfung zu unterziehen. Einen Tag später wurde beschlossen, dass acht AKWs sofort vom Netz genommen werden sollten.¹²⁷ Am 30. Juni verabschiedete der Deutsche Bundestag das dreizehnte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes, mit dem der Atomausstieg Deutschlands bis zum Jahr 2022 festgelegt wurde.¹²⁸ Für acht Reaktoren erlosch die Betriebsgenehmigung sofort. Die übrigen neun sollten gestaffelt, der letzte im Jahr 2022, vom Netz gehen.¹²⁹ Dies bedeutet, dass Deutschland bis 2022 unabhängig von Atomenergie sein musste und hatte zur Folge, dass andere Kraftwerkstechnologien mit einem großen Anteil erneuerbarer Energien wurde aus politischer Sicht notwendig wurden.¹³⁰

¹²³ Roth/Rucht 2008, 255

¹²⁴ Brüggemeier 2015, 11

¹²⁵ Brunnengräber/Di Nucci 2014, 353

¹²⁶ Piepenbrink 2012, 7

¹²⁷ Mohr 2015, 169

¹²⁸ Piepenbrink 2012, 7

¹²⁹ Brunnengräber/Di Nucci 2014, 354

¹³⁰ Piepenbrink 2012, 7

Neben dem Ausstieg aus der Atomenergie hat sich die Regierung gleichzeitig ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt. Die Treibhausgasemissionen Deutschlands sollen bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent reduziert werden. Dazu muss die Verwendung fossiler Energieträger stark reduziert werden.¹³¹ Erforderlich macht dies, neben Energieeinsparungs- und Effizienzmaßnahmen auch andere Energieerzeugungsmöglichkeiten zu fördern. Konkret sollen bis 2050 Erneuerbare Energien 80 Prozent des Strombedarfs und 60 Prozent des Gesamtenergiebedarfs produzieren.¹³²

Als wichtigstes Instrument für die Förderung der Erneuerbaren Energien dient das EEG.¹³³ Formell ist der Zweck des Gesetzes

eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung [...] zu verringern, fossile Energieressourcen zu schonen und die Weiterentwicklung von [...] erneuerbaren Energien zu fördern.¹³⁴

Damit sind die Ziele der Energiewende grob umrissen. Sie verspricht mehrere Probleme gleichzeitig zu lösen, nämlich den Ausstieg aus der Atomenergie zu ermöglichen, die Energieversorgung nachhaltig zu sichern, eine Unabhängigkeit von Energieimporten zu schaffen, die CO₂-Emissionen zu reduzieren und die Energiekosten zu stabilisieren.¹³⁵

6. Der energiepolitische Fokus der NaturFreunde Deutschlands vor der Energiewende

Die Untersuchung der energiepolitischen und insbesondere der atompolitischen Schwerpunktsetzung der NaturFreunde steht in Folgenden im Mittelpunkt. Im ersten Schritt werden die energiepolitischen Positionen der NaturFreunde in der Zeit vor der Energiewende umrissen. Zwar orientierten sich ihre Schwerpunkte nach Hiksches Einschätzung grundsätzlich an denen der Anti-Atom-Bewegung,¹³⁶ der dezentralen Verbandsstruktur wegen ist eine allumfassende Darstellung und Analyse jeglicher energiepolitischer Themenfelder jedoch nicht möglich. Zunächst werden

¹³¹ Bundeszentrale für Politische Bildung o.J.

¹³² Brüggemeier 2015, 26-29

¹³³ Bundeszentrale für Politische Bildung o.J.

¹³⁴ Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz o.J.

¹³⁵ Bossel 2014, 152

¹³⁶ Hiksches 2017, 4

Aspekte mit zeitlicher Nähe zur Energiewende thematisiert, konkreter der Zeitspanne zwischen 2002 und 2010.

Die Änderung des Atomgesetzes im Jahr 2002, die den Atomausstieg bis 2021 festschrieb, führte nicht dazu, dass die NaturFreunde aufhörten, den schnellstmöglichen Atomausstieg zu fordern. Er blieb weiterhin zentrale Forderung. Ein deutlich schnellerer Ausstieg sei zudem möglich und nötig. Die Restlaufzeiten seien inakzeptabel.¹³⁷ Sie betonten dabei, dass nicht nur aus der Nutzung der Atomenergie, sondern ebenso aus allen anderen Atomtechnologien ausgestiegen werden müsse. Dazu gehören beispielsweise Wiederaufbereitungsanlagen.¹³⁸ Die wichtigsten Argumente für die Ablehnung der Atomenergie waren neben dem Risiko eines Reaktorunfalls, welches der Einschätzung der Naturfreundejugend nach gering sei, die Gefahr von Krebserkrankungen durch die Emissionen im Normalbetrieb, die Endlagerproblematik, die Uranimportabhängigkeit sowie die Tatsache, dass die realen Kosten für Atomenergie deutlich über denen für erneuerbare Energiegewinnung lägen.¹³⁹

Als das Thema der Laufzeitverlängerung auf die politische Agenda kam, musste das Ziel sein, dies zu verhindern.¹⁴⁰ Der Kontext des Atomausstiegs bekam bei den NaturFreunden somit durch die veränderten politischen Voraussetzungen ein neues Framing. Mit dem Reaktorunfall bei Fukushima wurde die Forderung des sofortigen Ausstiegs tagesaktuell und erhielt eine zuvor nicht dagewesene öffentliche Unterstützung. Auch die NaturFreunde intensivierten in dieser Zeit ihre Forderung nach dem schnellstmöglichen Ausstieg und wurden im Bewegungsspektrum sehr aktiv. Die Forderung und die Begründung hatten sich allerdings durch den Reaktorunfall wenig verändert. Jedoch war die gesellschaftliche Legitimität deutlich stärker als zuvor.¹⁴¹

Des Weiteren hatten die NaturFreunde Deutschlands schon in der Vergangenheit gefordert, dass auch in anderen Staaten nicht in AKWs Strom produziert werden solle. Von den deutschen Politikern forderten sie, sich auf europäischer und internationaler Ebene gegen die Verwendung von Atomkraft zu engagieren.¹⁴² Dazu gehöre, den EURATOM-Vertrag abzuschaffen.¹⁴³ Dieser war

¹³⁷ Naturfreundejugend Deutschlands 2009, 1

¹³⁸ Hiks 2017, 11

¹³⁹ Naturfreundejugend Deutschlands 2009, 2 f.

¹⁴⁰ Marian 2010, 22

¹⁴¹ Hiks 2017, 3

¹⁴² Naturfreundejugend Deutschlands 2009, 7

¹⁴³ Naturfreunde Internationale 2009a

1957 zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft beschlossen worden und diente dazu, die Atomindustrie in Europa voran zu bringen. Der EURATOM-Vertrag und die bis heute dahinterstehenden eigenständigen Strukturen sichern die Atomindustrie bei ihrer Arbeit ab und minimieren die Einflussmöglichkeiten der EU auf die Energiekonzerne der einzelnen Mitgliedsstaaten.¹⁴⁴ Dass Deutschland sich weiterhin an EURATOM beteiligte, somit zur Stützung der Atomindustrie beitrug¹⁴⁵ und sich an der Forschung und der Förderung der Atomindustrie beteiligte¹⁴⁶, hielten die deutschen NaturFreunde für inakzeptabel. Nötig sei, so die Sicht der ihrer Internationale, eine internationale Verschärfung der Sicherheitsstandards für die noch bestehenden AKWs sowie ein Verbot des Neubaus von AKWs.¹⁴⁷

Seit vielen Jahren ein weiterer Schwerpunkt war, wie für die gesamte Anti-Atom-Bewegung, die Problematik des Atommülls. Dabei sahen die NaturFreunde laut Hikschi nie die Möglichkeit, dass ein Endlager gefunden werden könnte. Die Zeitspanne, in der die Abfälle gelagert werden müssen, sei zu groß, als dass man davon ausgehen könnte, dass sie die ganze Zeit an einem Ort gelagert werden könnten. Darin, dass staatlicherseits nach einem Endlager für die Ewigkeit gesucht wird, liegt auch das größte Problem, dass die NaturFreunde bei der atommülllagerbezogenen Bundespolitik ausmachten.¹⁴⁸ Die Standorte Gorleben und Schacht Konrad waren für sie indiskutabel.¹⁴⁹

Im Jahr 2008 beschloss der Kongress der NaturFreunde Internationale in Liberec die Klimacharta der NaturFreunde. Sie fasst die zu diesem Zeitpunkt ihre wichtigsten klima- und energiepolitischen Forderungen zusammen. Zentraler Bestandteil ist die Steigerung der Nutzung von erneuerbaren Energien. Dazu gehörten die Verwendung von Energie aus Sonne-, Wind-, Wasser- und Biomassekraftwerken. Zu beachten sei die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien.¹⁵⁰ In einer Broschüre der NaturFreunde Internationale aus dem Jahr 2009 wurde dies differenzierter dargestellt. Zur Sonnenenergie besagt sie, dass diese unbedingt in Förderung und Forschung forciert werden sollte. Der Bau von Windkraftanlagen solle unter Einbeziehung der Anwohner und der Sicherstellung

¹⁴⁴ Bittner 2011

¹⁴⁵ Naturfreunde Internationale 2009a

¹⁴⁶ Fischer 2011, 2

¹⁴⁷ Ebd.

¹⁴⁸ Hikschi 2017, 9

¹⁴⁹ Naturfreundejugend Deutschlands 2009, 2

¹⁵⁰ Naturfreunde Internationale 2008, 6 f.

ökologischer Standards stärker gefördert werden.¹⁵¹ Diese Standards seien Hiksches Einschätzung nach jedoch minimal. Die grundsätzliche Einstellung zu Windkraftanlagen ist positiv. Nur wenn es sich um massive Eingriffe in die Natur handele, beispielsweise im Fall von Vogelzuglinien, lehnen sie Windkraftanlagen ab. Damit stehen sie im Widerspruch zu den Positionen des NABU.¹⁵²

Ein starker Unterschied zwischen Broschüre und Klimacharta liegt bei der Verwertung von Biomasse. Agrotreibstoffe, womit in diesem Kontext neben der Vergasung von Biomasse auch Dieselherstellung gemeint ist, seien ausschließlich aus nachhaltiger Produktion zu subventionieren. In der Klimacharta gab es keine solche Einschränkung. Ebenso wurde in der Broschüre das Thema der Wasserkraft deutlich differenzierter dargestellt als in der Charta. Für Klein- wie Großwasserkraftwerke sei der Schutz der Natur und der Fließgewässer dem Bau eines Wasserkraftwerks vorzuziehen.¹⁵³

Der zweitwichtigste Themenbereich behandelte die Klimacharta fossile Energieträger. Jegliche Subventionen für die Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern sollten gestoppt werden, um deren Nutzung zu reduzieren.¹⁵⁴ Dafür sprach aus Sicht der NaturFreunde nicht nur die ökologische Notwendigkeit, sondern auch die Perspektive, dass fossile Energieträger in absehbarer Zeit aufgrund ihrer begrenzten Verfügbarkeit knapp und teuer werden würden.¹⁵⁵ Die Diskussion um den Kohleausstieg blieb für die NaturFreunde Deutschlands seit ca. 20 Jahren stets zentral. Ihre Forderung war, dass Deutschland auf die energetische Verwertung von Kohle verzichten solle. Auf den unteren Organisationsebenen einheitlich war dies nicht immer, da manche Bundesländer dem Bergbau und den damit zusammenhängenden Industrien näher stehen als andere. Für die Funktionär*innen ist die Kohlekritik jedoch schon seit vielen Jahren konsensfähig.¹⁵⁶

Zwei weitere Themenbereiche von zentraler Bedeutung bereits der Zeit vor der „Energiewende“ waren Energieeffizienz und Energieeinsparungen.¹⁵⁷ Dies findet sich in vielen Publikationen wieder. Die Einhaltung der Energieeffizienzrichtlinien der EU solle in den einzelnen Mitgliedsländern gewährleistet und zudem ein Energieeffizienzplan erarbeitet werden. Dazu gehörte für die

¹⁵¹ Naturfreunde Internationale 2009a

¹⁵² Hiksches 2017, 14 f.

¹⁵³ Naturfreunde Internationale 2009a

¹⁵⁴ Naturfreunde Internationale 2008, 7

¹⁵⁵ Naturfreunde Internationale 2009b

¹⁵⁶ Hiksches 2017, 7

¹⁵⁷ Naturfreunde Internationale 2009b

NaturFreunde die Einführung von Mindest-Effizienz-Standards für energieintensive industrielle Technologie. Als einen politischen Ansatz für die Förderung von Energieeinsparung benennen sie eine „verbrauchsabhängige Energiebesteuerung“¹⁵⁸. Politische Maßnahmen, die zur Einsparung von Energie führen, sollten immer anderen Möglichkeiten des Umbaus der Energieversorgung vorgezogen werden.¹⁵⁹

Aus Sicht der NaturFreunde Deutschlands sollte das Gesamtziel eine dezentrale Energieerzeugungsstruktur sein. Das bedeutet, dass nicht an wenigen Orten konzentriert große Mengen Strom produziert werden sollten, sondern dort, wo er benötigt wird. Aus diesem Grund lehnten die NaturFreunde im Gegensatz zu anderen Umweltverbänden beispielsweise das Projekt „Desertec“, das in der Wüste produzierten Strom nach Europa exportieren sollte, kategorisch ab. Die Forderung nach einer Dezentralisierung der Energieerzeugung unterschied sie markant von einem bundespolitisch verbreiteten Diskurs, der auf eine weitere Zentralisierung zielte.¹⁶⁰

7. Der *heutige* energiepolitische Fokus der NaturFreunde Deutschlands

Wie hat sich die energiepolitische Agenda der NaturFreunde Deutschlands seit Beginn der Energiewende gewandelt, und welche Schwerpunkte setzen sie in Bezug auf Energie- und Atompolitik heute setzen?

Einen „weltweiten Stopp aller Atomkraftwerke“ sieht der Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 2017 als die zentrale atompolitische Forderung. Dies wird durch weitere Forderungen konkretisiert. Ein Ziel besteht darin, dass Deutschland aus der gesamten Atomtechnologie und nicht nur der Energiegewinnung in AKWs aussteigen soll. Deshalb fordern sie, die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen zu schließen.¹⁶¹ Die Forderung nach einem schnellstmöglichen Atomausstieg aus dem Kontext der Ablehnung des Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes von 2011¹⁶² findet in der Resolution 2017 keine Erwähnung mehr.

¹⁵⁸ Naturfreunde Internationale 2008, 6 f.

¹⁵⁹ Naturfreunde Internationale 2009b

¹⁶⁰ Hiks 2017, 13

¹⁶¹ NaturFreunde Deutschlands 2017, 30

¹⁶² Hiks 2017, 11

Stattdessen werden in erster Linie Forderungen aufgeführt, die sich mit der internationalen Ebene beschäftigen.¹⁶³

Seit die NaturFreunde unter dem Titel „EURATOM Nein Danke“ eine Kampagne gegen EURATOM gestartet haben, bestimmt dieses Thema immer wieder ihre Arbeit. Diese Kampagne zielt auf die internationale Dimension einer Atompolitik, die durch die pro Atomenergie ausgerichtete Europäische Union geprägt ist.¹⁶⁴ Mit der Forderung, den EURATOM-Vertrag vollständig aufzulösen, versucht man über die atompolitische EU-Politik aufzuklären und gegen sie zu mobilisieren.¹⁶⁵ Aus dem Atomausstieg Deutschlands zieht man den Schluss, auch die anderen Staaten Europas sowie die EU sollten den Ausstieg forcieren. So forderte der Bundeskongress 2014, EURATOM in einen Vertrag „zur Förderung erneuerbarer Energien und Energieeinsparungen (EU-RONEW)“ umzuwandeln.¹⁶⁶ Dabei handelt es sich um einen Ansatz, bestehende Strukturen in eine aus Sicht der NaturFreunde sinnvollere Nutzung zu überführen. Man fordert die Bundesregierung zudem auf, auf Staaten einzuwirken, die den Bau weiterer AKWs planen, solche Bauvorhaben niederzulegen. Unmittelbar fordert man, die in die Kritik geratenen Anlagen angrenzender Länder, nämlich Doel, Tihange, Cattenom, Fessenheim und Temelin, sofort abzuschalten.¹⁶⁷

In den Bereich der internationalen Atompolitik fällt außerdem die Forderung, keine Hermesbürgschaften für AKW-Bauvorhaben mehr zu übernehmen. Damit werden staatliche Versicherungen für Unternehmen bezeichnet, die AKW-Komponenten produzieren und für den Bau von AKWs exportieren.¹⁶⁸ Durch diese Bürgschaften werden Unternehmen mit einer Vergütungsgarantie abgesichert. Diese Bürgschaften sind aus Sicht der NaturFreunde mit dem deutschen Atomausstieg unvereinbar.¹⁶⁹

Auch das Thema der Atommülllagerung hat in den letzten Jahren zunehmend an Relevanz auf der Agenda der deutschen NaturFreunde gewonnen. Seit die Endlagerkommission – deren Vorsitzender der ehemalige Staatssekretär im Umweltministerium und Bundesvorsitzende der NaturFreunde

¹⁶³ NaturFreunde Deutschlands 2017, 30

¹⁶⁴ Hiksich 2017, 5

¹⁶⁵ NaturFreunde Deutschlands 2015, 3

¹⁶⁶ NaturFreunde Deutschlands 2014a, 17

¹⁶⁷ NaturFreunde Deutschlands 2017, 30

¹⁶⁸ Hermesbürgschaften werden allerdings nicht nur für AKW-Bauteile vergeben, sondern für unterschiedlichste Exportgeschäfte.

¹⁶⁹ Hiksich 2017, 18

Deutschlands Michael Müller ist¹⁷⁰ – ihren Abschlussbericht zur Zukunft des deutschen Atom- mülls veröffentlicht hat, werden deren Ergebnisse stark kritisiert. Nicht nur die NaturFreunde da- rauf bestehen, dass Gorleben als möglicher Standort eines Lagers ausgeschlossen wird, da sie, wie beschrieben, eine Endlagerung für unmöglich halten. Man könne Atom- müll an keinem Ort lang- fristig sicher lagern. Eine konkrete Alternative weisen die NaturFreunde jedoch aufgrund un- terschiedlicher verbandsinterner Positionen selbst nicht vor.¹⁷¹

Zudem nimmt die Frage der Finanzierung der Atom- mülllagerung großen Stellenwert ein. Das „Ge- setz zur Neuordnung der kerntechnischen Entsorgung“ – das die Atomkraftwerksbetreiber*innen zur gemeinsamen Zahlung von 23,556 Milliarden Euro verpflichtet dafür, dass im Gegenzug der deutsche Staat die Verantwortung für die Atom- mülllagerung übernimmt – untergräbt aus Sicht der NaturFreunde das Verursacherprinzip. Der Betrag, für den die Atomkraftwerksbetreiber aus der Verantwortung genommen werden, sei unter Beachtung voraussichtlich tatsächlich entstehender Kosten viel zu gering. Das Problem werde damit von den Verursachern an den Staat übergeben.¹⁷² Für die NaturFreunde Deutschlands ist dies ein Skandal.¹⁷³

Die Novellierung des EEG im Jahr 2014 war aus Sicht der NaturFreunde ein Rückschritt. Anstatt den Ausbau erneuerbarer Energien weiter voran zu bringen, bremse das neue Gesetz diese Ent- wicklung aus.¹⁷⁴ Die Entstehung einer dezentralen Energieerzeugungsstruktur mit einer differen- zierten Betreiber*innenlandschaft werde durch das EEG nicht gefördert sondern verhindert. Aus diesem Grund fordern die NaturFreunde, dass das alte EEG wiederhergestellt wird.¹⁷⁵ Feste Ver- gütungssätze, wie sie zuvor bestanden, seien vorerst unumgänglich. Außerdem müsse die „Decke- lung beim Ausbau der erneuerbaren Energien“ entfernt werden. Ohne diese Veränderungen am EEG seien die Ziele der Energiewende nicht zu erreichen.¹⁷⁶ Des Weiteren fordert die Natur- Freunde Internationale auf europäischer Ebene einen Vertrag, auf dessen Grundlage die

¹⁷⁰ Deutscher Bundestag o.J.

¹⁷¹ Hiksich 2017, 9 f.

¹⁷² Müller 2016

¹⁷³ Hiksich 2017

¹⁷⁴ Hiksich 2014

¹⁷⁵ Hiksich 2017, 11 f.

¹⁷⁶ NaturFreunde Deutschlands 2017, 31

erneuerbaren Energien verbindlich gefördert werden, um so eine Energiewende in ganz Europa zu ermöglichen.¹⁷⁷

Ein weiterer wichtiger Aspekt der auf erneuerbare Energien bezogenen Politik der NaturFreunde ist die Forderung, Energieproduktion aus Biomasse nicht mehr zu subventionieren.¹⁷⁸ Da Pflanzen extra für die Energiegewinnung angebaut würden – während gleichzeitig nicht allen Menschen ausreichend Nahrung zur Verfügung stünde – sei es nicht zu akzeptieren, diese Kraftwerksform weiter zu fördern.¹⁷⁹

Ebenso fordern die NaturFreunde, auch, Wasserkraftwerke nicht weiter zu fördern. Deren Potenzial sein für Deutschland zum größten Teil ausgeschöpft. Den marginalen Zuwachs, den man durch ihren Ausbau erreichen könnte, sei wegen der negativen Auswirkungen des Baus von Kraftwerken auf die Umwelt nicht zu verantworten. Ein Rückbau der bestehenden Anlagen wird allerdings nicht gefordert.¹⁸⁰

Aus Sicht der NaturFreunde zu fördernde Technologien sind Wind- und Solarenergie. Beide hätten sich als sinnvolle Erzeugungsmöglichkeiten erwiesen. Solarenergie lasse sich beispielsweise auf den Häusern in Großstädten integrieren. Windkraftanlagen seien, bis auf wenige Ausnahmen, wo sie große Auswirkungen auf die Tierwelt haben, zu fördern und auszubauen. Allerdings sei darauf zu achten, dass nicht große Zentren entstehen, wie beispielsweise Offshore-Windparks; stattdessen sollen dezentrale Energieerzeugungsstrukturen gefördert werden.¹⁸¹

Der Netzausbau ist aktuell ein weiterer Themenkomplex. Die NaturFreunde sagen, dass die Stromnetzinfrastruktur in Verbindung mit einer demokratischen und transparenten Bundesnetzplanung in die Hände einer öffentlichen Netzgesellschaft übergeben werden sollte. Ein fundamentaler Unterschied zu aktuellen Ausbauprojekten liegt, wie bereits angedeutet, darin, dass die Energieerzeugung nach Auffassung der NaturFreunde dezentral organisiert sein sollte. Damit wären die geplanten „Stromautobahnen“ obsolet.¹⁸² Die NaturFreunde gehen davon aus, dass die bestehenden Netze absolut ausreichend seien, um temporäre Schwankungen in der Energiegewinnung

¹⁷⁷ NaturFreunde Deutschlands 2015, 1

¹⁷⁸ NaturFreunde Deutschlands 2014a, 17

¹⁷⁹ Hixsch 2017, 13

¹⁸⁰ Ebd., 15

¹⁸¹ Ebd., 14 f.

¹⁸² NaturFreunde Deutschlands 2014a, 19 f.

auszugleichen. Aus diesem Grund lehnen sie nahezu alle Bauvorhaben ab, die einen Ausbau der Netzinfrastruktur zum Ziel haben.¹⁸³

Ein letzter wichtiger Punkt ist das Ziel eines Kohleausstieges. Die NaturFreunde fordern sowohl für Deutschland ein Kohleausstiegsgesetz¹⁸⁴ als auch für die EU eine verbindliche Kohleausstiegsverordnung. In dieser soll der schnellstmögliche Ausstieg aus der Energieproduktion durch Braun- und Steinkohle festgeschrieben sein. Jegliche Kohleverstromung solle schnellstmöglich beendet werden.¹⁸⁵

8. Wandel der atom- und energiepolitischen Agenda der NaturFreunde Deutschlands

In welcher Weise haben sich die thematischen Schwerpunkte der NaturFreunde Deutschlands in Bezug auf Energie- und Atompolitik seit der Energiewende verändert? Gewiss ist dabei nicht in jedem Punkt eindeutig erkennbar, ob die Veränderung der Verbandsposition unmittelbar in Zusammenhang mit der Energiewende steht. Allerdings ist davon auszugehen, dass diese ihren Teil zu den thematischen Veränderungen beigetragen hat.

Hiksch's Ansicht nach unterscheiden sich die Positionen der NaturFreunde Deutschlands vor und nach der „Energiewende“ wenig. Auch historisch sei zu erkennen, dass Themen, die dauerhaft auf der Agenda sind, in ihrer Relevanz und Aktualität schwanken.¹⁸⁶ Ein Wandel in der Fokussierung und Spezialisierung sei auch abhängig von der Tagespolitik. Dennoch lassen sich vier Punkte ausmachen, an denen eine Veränderung des Framings der NaturFreunde Deutschlands deutlich zu erkennen ist.

1. Internationalisierung der Atompolitik:

Die Arbeit der NaturFreunde Deutschlands lässt in den vergangenen Jahren die eindeutige Tendenz hin zur Internationalisierung ihrer atompolitischen Positionen erkennen. Neben der Konkretisierung der auf EURATOM bezogenen Forderungen erweitert sich das Spektrum auf weitere internationale Themen. Die NaturFreunde Deutschlands schreiben beispielsweise ausführliche Papiere zu

¹⁸³ Hiksch 2017, 13

¹⁸⁴ Kuhlwein 2014

¹⁸⁵ NaturFreunde Deutschlands 2015, 3

¹⁸⁶ Hiksch 2017, 17

Atomprogrammen anderer Staaten und appellieren an die Bundesregierung, Einfluss auf andere Regierungen zu nehmen. Dass der Atomausstieg wenigstens für Deutschland wohl Realität sein wird, ermöglicht es den NaturFreunden, das Augenmerk auch auf andere Staaten zu legen. Es handelt sich also, selbst wenn sie möglicherweise nicht der einzige Grund ist, um eine eindeutige Folge der Energiewende. Auch Hiksich spricht davon, dass sich die Atompolitik der NaturFreunde internationalisiert; er sieht selbst einen Zusammenhang zwischen Internationalisierung und dem Atomausstieg Deutschlands.¹⁸⁷

2. Intensivierung der Atommülllagerfrage:

Die Art, wie die NaturFreunde die Frage der Atommülllagerung behandeln, hat sich teilweise verändert. Das liegt zum einen an den Ergebnissen der Endlagerkommission, auf die die NaturFreunde reagiert haben. Da die Bundesregierung nun einen Plan vorgelegt hat, wie bei der Endlagersuche verfahren werden soll, gibt es neue Voraussetzungen für ihr Handeln. In der Endlagerkommission hatten die NaturFreunde zudem die Möglichkeit, durch Michael Müller direkten Einfluss zu nehmen. Der Bericht ist für sie trotzdem nicht zufriedenstellend.¹⁸⁸

Ein zweiter Grund für die intensivere Thematisierung der Atommülllagerfrage ist die aktuelle gesetzliche Neuordnung der Finanzierung und der Verantwortlichkeit für die Lagerung. Damit erhält es als Thema der Tagespolitik auch für die NaturFreunde hohe temporäre Relevanz. Hier lässt sich also kein direkter Zusammenhang zwischen dem Atomausstieg und der Intensivierung der Atommülllagerfrage feststellen. Allerdings ist es möglich, dass die beiden genannten Faktoren durch den Atomausstieg beeinflusst sind.

3. Ablehnung der energetischen Biomasseverwertung:

Ein klarer Wandel hat in Bezug auf die Gewinnung von Energie aus Biomasse stattgefunden. Diese lehnen die NaturFreunde heute ab. Früher hingegen fanden sie, sie sei staatlich bzw. durch die EU zu subventionieren. Diese Veränderung steht nicht unbedingt im direkten Zusammenhang mit der

¹⁸⁷ Hiksich 2017, 5-8

¹⁸⁸ Hiksich 2017, 10

Energiewende. Sie geht vielmehr darauf zurück, dass erst durch die starke Verbreitung dieser Energieerzeugungsmethode deutlich wurde, welche negativen Auswirkungen die Produktion im großen Rahmen hat. Das kontinuierliche Wachstum in der Nutzung von Biomasseenergie fand zeitgleich mit der Energiewende statt.¹⁸⁹ Eine solche zeitliche Parallelität muss aber in keinem kausalen Zusammenhang zur Energiewende stehen.

4. Neue Positionierung zum EEG

Bei der Neupositionierung der NaturFreunde zum EEG handelt es sich nicht wirklich um eine Veränderung ihrer Grundeinstellung. Vielmehr geht es um eine tagespolitische Änderung des EEG. Diese wollen die NaturFreunde rückgängig machen. Ihre heute gegenüber dem EEG ablehnende Haltung bezieht sich ausschließlich auf die Neuerungen von 2014 und zweifelt nicht die ursprüngliche Form des EEG an.

9. Fazit

Die NaturFreunde fassen sich weitgehend als Teil der Anti-Atom-Bewegung auf. Daher können sie einerseits als – traditionell sehr eigenständige – Beispielorganisation für die Praxen innerhalb der Anti-Atom-Bewegung angesehen werden. Es wurde deutlich, dass sie, wie andere Umweltverbände, nach dem in Deutschland angekündigten Atomausstieg ihr Engagement im Anti-Atom-Bereich nicht eingestellt haben. In der hier vorgelegten Betrachtung zweier (neuerer) Zeitspannen – vor und nach der Energiewende um 2011 – ließen sich jedoch teils markante Veränderungen ausmachen.

Der tiefgreifendste Wandel im Framing der NaturFreunde in eindeutigem Zusammenhang mit der Energiewende bzw. dem Atomausstieg war die Internationalisierung ihrer Atompolitik. Das heißt, dass sich ihre thematischen Schwerpunkte heute sehr oft mit internationalen Atomfragen beschäftigen. Bei den anderen drei beschriebenen Punkten – der Intensivierung der Atommüllfrage,

¹⁸⁹ Fachverband Biogas e.V. 2016

der Ablehnung der energetischen Biomasseverwertung und der neuen Positionierung zum EEG – scheint kein direkter Einfluss der Energiewende belegbar zu sein. Es scheint jedoch plausibel, dass durch die energiepolitischen Entwicklungen auch diese Bereiche beeinflusst wurden und werden.

Solche Ergebnisse sind aber angesichts der traditionellen Sonderstellung der NaturFreunde unter den Umweltverbänden auch nicht notwendig auf andere Organisationen oder auf die gesamte Anti-Atom-Bewegung übertragbar. Trotzdem ist zu vermuten, dass auch andere Organisationen einen ähnlichen Wandel durchmachen. Schon allein die Konzentration auf internationale atompolitische Themenfelder scheint eine logische Folge daraus zu sein, dass der Atomausstieg in Deutschland beschlossen ist.

Meiner Einschätzung nach wird die Anti-Atom-Arbeit, im Besonderen die der NaturFreunde, auch in Zukunft eine relativ große Rolle in der politischen Arbeit spielen und sich aufgrund des realen Atomausstieg noch weiter verändern. Der Weg, den die NaturFreunde auf internationaler, vor allem europäischer Ebene, eingeschlagen haben, ist ein langer, an dem noch über viele Jahre zu arbeiten sein wird. Weil die Gefahr, die von Reaktorunfällen ausgeht, nicht an Staatsgrenzen Halt macht, vermute ich, dass die Motivation vieler deutscher Aktivist*innen für ihr Engagement – bei den NaturFreunden und darüber hinaus – bestehen bleibt und die Anti-Atom-Bewegung als Gegengewicht zur Atomwirtschaft und der pro Atomenergie ausgerichteten EU wichtiger Bestandteil der Bewegungslandschaft sein wird. Der Atomausstieg Deutschlands ist für die Anti-Atom-Bewegung ein Schritt auf dem Weg zum globalen Atomausstieg.

Literatur

- Arndt, Melanie (2016): „Tschernobyl, die bekannte, unbekannte Katastrophe“, *APuZ* 66, 12-13, 3–10.
- Bittner, Jochen (2011): „Der Geist der Fünfziger“, *DIE ZEIT*, H. 13.
- Bossel, Ulf (2014): *Energiewende zu Ende gedacht. Was denn sonst?*, Oberrohrdorf.
- Brinkschmidt, Hans-Christian (1998): *Das Naturverständnis der Arbeiterbewegung am Beispiel der Naturfreundebewegung*, Frankfurt am Main.

- Brüggemeier, Franz-Josef (2015): *Sonne, Wasser, Wind. Die Entwicklung der Energiewende in Deutschland*, Bonn.
- Brunnengräber, Achim/Di Nucci, Maria Rosaria (Hrsg.) (2014): *Im Hürdenlauf zur Energiewende. Von Transformationen, Reformen und Innovationen; Zum 70. Geburtstag von Lutz Mez*, Wiesbaden.
- Brunnengräber, Achim/Hocke, Peter (2014): „Bewegung Pro-Endlager? Zum soziotechnischen Umgang mit hochradioaktiven Reststoffen“, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27, H. 4, 59–69.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (o.J.): „Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2017). § 1 Zweck und Ziel des Gesetzes“. http://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/_1.html (Stand 9.4.2017).
- Bundeszentrale für Politische Bildung (o.J.): „Energiewende“. <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/153722/energiewende> (Stand 9.4.2017).
- Deutscher Bundestag (o.J.): „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“. <https://www.bundestag.de/endlager-archiv/mitglieder/kommission.html> (Stand 26.5.2017).
- DGB-Kreis München (1984): „Ostermärsche in den 60er Jahren“. Information für Münchner Gewerkschafter. <http://protest-muenchen.sub-bavaria.de/artikel/1578> (Stand 15.5.2017).
- Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hrsg.) (2013): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, Dordrecht.
- Fachverband Biogas e.V. (2016): „Branchenzahlen“. [http://www.biogas.org/edcom/webfwb.nsf/id/DE_Branchenzahlen/\\$file/16-09-23_Biogas_Branchenzahlen-2015_Prognose-2016.pdf](http://www.biogas.org/edcom/webfwb.nsf/id/DE_Branchenzahlen/$file/16-09-23_Biogas_Branchenzahlen-2015_Prognose-2016.pdf) (Stand 27.5.2017).
- Fischer, Severin (2011): „EURATOM und die Energiewende. Szenario für die Zukunft des europäischen Atomvertrags“. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/EURATOM_und_die_Energiewende_KS.pdf (Stand 22.5.2017).
- Geiss, Manfred (2018). „Wild, aktiv, innovativ und politisch: Die 60er-Jahre der Naturfreundejugend - oder „geht doch nach drüben“. Der Ostermarsch als Vorbereiter der Friedens- und Umweltbewegung und APO“. *NaturFreundeGeschichte/NatureFriendsHistory* 6.1. geschichte.naturfreunde.org (Stand: 2.8.2019).
- Greenpeace Magazin (o.J.): „37 Jahre Widerstand“. <https://www.greenpeace-magazin.de/37-jahre-widerstand>. (Stand 22.5.2017).

- Grober, Ulrich (2005): „100 Jahre Rotgrün“, *DIE ZEIT*, H. 32 (4.8.2005).
- Groß, Klaus-Dieter (2017): „Die deutschen Naturfreunde in den 1970er Jahren“. *NaturFreunde-Geschichte/NatureFriendsHistory* 5.2. geschichte.naturfreunde.org (Stand: 2.8.2019)
- Günther, Dagmar (2003): *Wandern und Sozialismus. Zur Geschichte des Touristenvereins "Die Naturfreunde" im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Hamburg.
- Hiksch, Uwe (2014): EEG-Novelle der Bundesregierung ist ein Rückschritt“. <https://www.naturfreunde.de/eeg-novelle-der-bundesregierung-ist-ein-rueckschritt> (Stand 27.5.2017).
- Höfer, Renate (2007a): „Zwischen erster und zweiter Moderne. Identifikationsprozesse in zivilgesellschaftlichen Organisationen am Beispiel der Naturfreunde“, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 20, H. 2, 102–110.
- Höfer, Renate (2007b): *Zwischen Traditionsbehauptung und Neuerfindung. Bürgerschaftliches Engagement am Beispiel der Naturfreunde e.V.*, München.
- Kemfert, Claudia (2016): „Globale Energiewende. "Made in Germany"?", *APuZ* 66, 12-13, 17–24.
- Knaut, Annette/Plotka, Julia (2012): „Wie bringen Kampagnen soziale Bewegungen zum Erfolg? Lehren aus Stuttgart 21 und der Anti-AKW-Bewegung“, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 25, H. 1, 83–89.
- Knoch, Habbo (Hrsg.)(2007): *Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren*, Göttingen.
- Kuhlwein, Eckart (2014): „Deutschland braucht ein Kohleausstiegsgesetz“. <https://www.naturfreunde.de/deutschland-braucht-ein-kohleausstiegsgesetz> (Stand 27.5.2017).
- Lampasiak, Bruno Klaus (Hrsg.). (2013) *Naturfreund sein heißt Mensch sein: Naturfreunde im Widerstand 1933 bis 1945*. Berlin.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (o.J.): „Die Energiewende 2011“. <http://www.lpb-bw.de/energiewende.html> (Stand 25.5.2017).
- Marcinkowski, Frank (Hrsg.) (2014): *Framing als politischer Prozess. Beiträge zum Deutungskampf in der politischen Kommunikation*, Baden-Baden.
- Marg, Stine/Walter, Franz (Hrsg.) (2013): *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? ; BP-Gesellschaftsstudie*, Bonn.

- Marian, Hans-Gerd (2009): „Die Bundestagsfraktion der NaturFreunde“, *NATURFREUNDiN*, H. 4, 14–15.
- Marian, Hans-Gerd (2010): „Klimaschutz durch Ausstieg aus der Atomkraft“, *Naturefriends Yearbook 2010*, 22–23.
- Mohr, Christian (2015): *Das Mobilisierungsmodell der Konfliktgesellschaft*. Dissertation, Köln.
- Müller, Michael (2016): „Der goldene Handschlag mit den Atomkraftbetreibern. Wie das Verursacherprinzip in der Umweltpolitik außer Kraft gesetzt wurde“. <https://www.naturfreunde.de/der-goldene-handschlag-mit-den-atomkraftbetreibern> (Stand 4.4.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (o.J.a): „Bundesverband der NaturFreunde Deutschlands“. <https://www.naturfreunde.de/bundesverband> (Stand 4.4.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (o.J.b): „Chronik der NaturFreunde“. <https://www.naturfreunde.de/chronik-der-naturfreunde> (Stand 28.3.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (o.J.c): „Die NaturFreunde Deutschlands. Wir sind ein gesellschaftspolitisch aktiver Freizeitverband!“. <https://www.naturfreunde.de/ueber-uns> (Stand 22.3.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (o.J.d): „Unser Selbstverständnis und unsere Angebote“. https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfd_leitbild.pdf (Stand 30.3.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (2014a): „29. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands. Beschlüsse“. https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfdbk_2014_beschlussheft140516.pdf (Stand 26.5.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (2014b): „Satzung. der NaturFreunde Deutschlands Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur Bundesgruppe Deutschland e.V.“. https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfd_satzung_2014.pdf (Stand 20.2.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (2015): *Energiestrukturen in der EU demokratisieren. Atom-und Kohlepolitik der EU-Kommission sofort beenden!*, Olmütz.
- NaturFreunde Deutschlands (2017): „30. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands. Beschlüsse“. https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfdbk_2017_beschlussheft.pdf (Stand 26.5.2017).
- Naturfreunde Internationale (2008): „Klimacharta der Naturfreunde“. <http://umwelt.naturfreunde.at/files/uploads/2010/01/NFI-KlimachartaDE.pdf> (Stand 22.5.2017).

- Naturfreunde Internationale (2009a): „Energiepolitische Positionen der Naturfreunde“. http://www.nfi.at//index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=122&Itemid=50 (Stand 21.5.2017).
- Naturfreunde Internationale (2009b): „Kleinwasserkraftwerke. NICHT UM JEDEN PREIS“. http://www.nfi.at//index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=106&Itemid=50 (Stand 22.5.2017).
- Naturfreundejugend Deutschlands (2009): „Position Nr. 3/09. Countdown 2021: Atomkraftwerke abschalten - sofort“. http://www.naturfreundejugend.de/service/downloads/doi/292/Bundeskongferenz_2009_Position_Atomkraftwerke.pdf. (Stand 21.5.2017).
- Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.) (1994): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen.
- Paul, Reimer (2011): „Unberechenbar auch für sich selbst. Eine Bilanz der Anti-AKW-Bewegung von Whyl bis Tschernobyl“, in: o.A., *Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. Die AKW-Protestbewegung von Whyl bis Brokdorf*, Hamburg, 197–217.
- Pehl, Thorsten /Dresing, Thorsten (2013): *Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende*, Marburg.
- Piepenbrink, Johannes (Hrsg.) (2012): *Ende des Atomzeitalters? Von Fukushima in die Energiewende*, Bonn.
- Przyborski, Aglaja /Wohlrab-Sahr, Monika (2008): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*, München.
- Radkau, Joachim (2011): „Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung“, *APuZ*, 46-47.
- Reiß, Manuel (2007): „Kampagnen von Umwelt-NGOs zwischen Kooperation und Konfrontation“, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 20, H. 3, 40–48.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (1987): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (2008): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt.
- Rucht, Dieter (Hrsg.) (2001): *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt/Main, New York.

Sander, Hendrik (2016): *Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima*. Dissertation, Berlin.

Schildt, Axel (2001): „Innere Entwicklung der Bundesrepublik bis 1989“, *Informationen zur politischen Bildung*, H. 270, 4–14.

Sternstein, Wolfgang (2013): *"Atomkraft - nein danke!". Der lange Weg zum Ausstieg*, Frankfurt am Main.

Uekötter, Frank (2016): „Utopie ohne Ökonomie. Aufstieg und Niedergang der Atomkraft in der westlichen Welt“, *APuZ* 66, 12-13, 11–17.

Zimmer, Annette /Hallmann, Thorsten (Hrsg.) (2016): *Nonprofit-Organisationen vor neuen Herausforderungen*, Wiesbaden.

Zimmer, Jochen (Hrsg.) (1984): *Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde: Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung*, Köln.

Interview

Hiksch, Uwe (2017): Experteninterview durchgeführt vom Autor, Berlin (15.3.2017).

Foto

Hiksch, Uwe (2017): <https://antiatomblog.wordpress.com/> (Stand 28.5.2017).

Der vorliegende Text wurde in etwas längerer Fassung 2017 an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen zur Erreichung des akademischen Grades „Bachelor of Arts (B. A.)“ eingereicht und angenommen.

Kontakt:

Luca Schirmer

Lucaschirmer@gmx.de